

Wirtschaftsgipfel Bonn

Treffen der Staats- und Regierungschefs
vom 2. bis 4. Mai 1985

Politische Erklärung zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs

Bonn, 3. Mai 1985

Die Staats- und Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft sind am Vorabend des 40. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs in Bonn zusammengekommen und gedenken in Trauer all derjenigen, die damals durch Kriegshandlungen oder als Opfer von Unmenschlichkeit, Unterdrückung und Gewaltherrschaft ihr Leben verloren.

Wir bekennen, daß wir es ihrem Andenken und den nachfolgenden Generationen schuldig sind, Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in unseren Ländern und in der Welt aufrechtzuerhalten.

Wir haben aus der Geschichte gelernt. Das Ende des Krieges war zugleich ein Neubeginn. Als der Schlachtenlärm verhallt war, machten wir uns an die Aufgabe der geistigen und moralischen Erneuerung und des materiellen Wiederaufbaus.

Wir überwinden die Feindseligkeiten, die uns einst getrennt hatten, und setzen auf der Grundlage gemeinsamer Werte einen Prozeß der Versöhnung und Zusammenarbeit unter uns in Gang.

Im Geiste einer uns verbindenden, sicheren und dauerhaften, dem Frieden dienenden Freundschaft bekennen wir uns heute in allen unseren Ländern zur Freiheit, zu demokratischen Grundsätzen und zu den Menschenrechten.

Wir sind stolz, daß die Regierungen unserer Länder ihre Legitimität aus dem in freien Wahlen zum Ausdruck gebrachten Willen unserer Völker beziehen. Wir sind stolz darauf, daß die Menschen in unseren Ländern frei sind, zu sagen und schreiben, was sie wollen, die Religion auszuüben, zu der sie sich bekennen, und zu reisen, wohin sie wollen.

Wir bekennen uns zu der Pflicht, eine Gesellschaftsform zu gewährleisten, in der sich Initiative und Unternehmungsgeist des einzelnen entfalten und die Ideale der sozialen Gerechtigkeit, Pflichten und Rechte verwirklicht werden können.

Wir erkennen, daß es uns besser in partnerschaftlicher Zusammenarbeit als allein gelingen wird, diese Ziele zu verwirklichen und die durch den technologischen und industriellen Wandel gebotenen Chancen und Herausforderungen

Inhalt

Wirtschaftsgipfel Bonn

Politische Erklärung zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs	409
Wirtschaftserklärung von Bonn – Für dauerhaftes Wachstum und höhere Beschäftigung	410
Statement des Bundeskanzlers	415
Empfang auf Schloß Falkenlust	416

anzunehmen. In Europa wächst die die Aussöhnung und die gemeinsamen Ziele verkörpernde Gemeinschaft sowohl hinsichtlich der Zahl ihrer Mitglieder als auch des Wohlstands.

Die Nationen des dynamischen pazifischen Raums rücken immer enger zusammen. Die Partnerschaft zwischen Nordamerika, Europa und Japan ist ein Garant für Frieden und Stabilität in der Welt.

Andere Nationen, die die Leiden des Zweiten Weltkriegs mit uns teilten, sind durch grundsätzliche Unterschiede der politischen Systeme von uns getrennt. Wir beklagen die Teilung Europas. Wenn wir uns zu den Idealen von Frieden, Freiheit und Demokratie bekennen, so geht es uns darum, mit friedlichen Mitteln die Barrieren abzubauen, die in Europa errichtet wurden. Wir glauben, daß der KSZE-Prozeß mit seinem Versprechen einer Verbesserung im Bereich der Menschenrechte eine Möglichkeit zur Stärkung von Vertrauen, Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa bietet.

Wir sehen einem Zustand des Friedens in Europa entgegen, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Wir hoffen sehr, daß in Asien ein politisches Umfeld geschaffen wird, das die Überwindung der Teilung der koreanischen Halbinsel in Freiheit ermöglicht.

Nach der Charta der Vereinten Nationen sind alle Staaten gemeinsam verantwortlich für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und müssen sich deshalb der Androhung und Anwendung von Gewalt enthalten.

Wir sind unsererseits entschlossen, den Frieden zu wahren und dabei unsere demokratischen Freiheiten zu schützen. Jeder von uns wird sich daher für die Erhaltung und Stärkung eines stabilen militärischen Gleichgewichts auf einem möglichst niedrigen Streitkräfteniveau einsetzen und dabei weder Überlegenheit für uns selbst anstreben noch unsere Verteidigung vernachlässigen.

Wir sind bereit, einen Dialog auf hoher Ebene über die tiefgreifenden, Ost und West trennenden Differenzen zu führen. Wir unterstützen nachhaltig Bemühungen um die Festigung des Friedens und um Verbesserung der Abschreckung durch die Aushandlung bedeutsamer Verringerungen der bestehenden Kernwaffenarsenale, von Begrenzungen bei konventionellen Waffen, eines Verbots chemischer Waffen und der Verminderung der Gefahr von Konflikten.

Wir begrüßen die Aufnahme von Verhandlungen in Genf. Wir würdigen die positiven Vorschläge der Vereinigten Staaten

von Amerika. Wir fordern die Sowjetunion dringend auf, sich positiv und konstruktiv zu verhalten, damit dort bedeutsame Übereinkünfte erzielt werden können.

Wir werden auch weiterhin bestrebt sein, mit den Entwicklungsländern zusammenzuarbeiten, um ihnen dabei zu helfen, Hunger und Krankheit zu bekämpfen, freie und sich gedeihlich entwickelnde Gesellschaften aufzubauen und ihren Platz in der Gemeinschaft der Nationen, die sich zu Frieden und Freiheit bekennen, einzunehmen. Wir achten echte Nichtgebundenheit als einen wichtigen Beitrag zur internationalen Sicherheit und zum Weltfrieden.

Im Rückblick auf die furchtbaren Leiden des Zweiten Weltkriegs und die gemeinsame Erfahrung von 40 Jahren Frieden und Freiheit verpflichten wir uns und unsere Staaten erneut zur Schaffung einer Welt, in der allen Völkern die Segnungen des Friedens, der Freiheit und Gerechtigkeit sowie der Freiheit von Unterdrückung, Furcht und Not zuteil werden; einer Welt, in der der einzelne seiner Verantwortung für sich selbst, seine Familie und seine Gemeinschaft gerecht werden kann; einer Welt, in der sich alle Nationen, große und kleine, gemeinsam der Schaffung einer besseren Zukunft für die gesamte Menschheit widmen.

Wirtschaftserklärung von Bonn

Für dauerhaftes Wachstum und höhere Beschäftigung

Bonn, 4. Mai 1985

1.

Im Bewußtsein der Verantwortung, die wir gemeinsam mit anderen Regierungen für die Zukunft der Weltwirtschaft und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen tragen, haben wir, die Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industrieländer, zusammen mit dem Präsidenten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, vom 2. bis 4. Mai 1985 in Bonn über die wirtschaftlichen Aussichten, Probleme und Chancen für unsere Länder und für die Welt beraten.

2.

Die Weltwirtschaft befindet sich heute in einer besseren Verfassung als seit geraumer Zeit. Seit unserem letzten Treffen wurden weitere Fortschritte bei der Inflationsber-

kämpfung und bei der Stärkung der Grundlagen des wirtschaftlichen Wachstums erzielt. Die Erholung in den Industrieländern beginnt sich jetzt auch auf die Entwicklungsländer auszubreiten. Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer – obgleich noch keineswegs gelöst – werden flexibel und wirksam angegangen.

3.

Dennoch sehen sich unsere Länder großen Herausforderungen gegenüber. Vor allem müssen wir

- die Fähigkeit unserer Volkswirtschaften stärken, sich neue Entwicklungen zunutze zu machen;
- das Arbeitsplatzangebot erhöhen;
- soziale Ungleichheiten abbauen;
- die anhaltenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte korrigieren;
- dem Protektionismus Einhalt gebieten und
- die Stabilität des Weltwährungssystems verbessern.

4.

Bei unseren Beratungen über diese Aufgaben sind wir zu folgenden Schlußfolgerungen gelangt:

- a) Den wirksamsten Beitrag für dauerhaften neuen Wohlstand, an dem alle Völker teilhaben, können wir dadurch leisten, daß wir unermüdlich – in jedem unserer Länder und gemeinsam – eine Politik verfolgen, die dauerhaftem Wachstum und höherer Beschäftigung dient.
- b) Das wirtschaftliche Wohlergehen in den Industrie- und den Entwicklungsländern ist immer enger verknüpft. Wir werden mit den Entwicklungsländern weiterhin im Geiste wirklicher Partnerschaft zusammenarbeiten.
- c) Ein offenes multilaterales Handelssystem ist unentbehrliche Voraussetzung weltweiten wirtschaftlichen Wohlstandes; darum setzen wir uns nachdrücklich für umgehende und wesentliche Schritte zum Abbau von Handelsbeschränkungen ein.
- d) Desgleichen werden wir auf ein stabileres und wirksameres Funktionieren des internationalen Währungssystems hinarbeiten.
- e) Wirtschaftlicher Fortschritt und die Erhaltung der natürlichen Umwelt sind notwendig und ergänzen sich gegen-

seitig. Wirksamer Umweltschutz ist ein zentrales Element unserer nationalen und internationalen Politik.

I. Wachstum und Beschäftigung

5.

Um ein inflationsfreies Wachstum und höhere Beschäftigung zu sichern, haben wir vereinbart:

- Wir werden die bisherigen Erfolge bei der Inflationsbekämpfung festigen und fortführen.
- Wir werden eine umsichtige Geld- und Haushaltspolitik verfolgen und sie, soweit erforderlich, verstärken, um stabile Preise, niedrigere Zinsen und eine Ausweitung produktiver Investitionen zu sichern. Jedes unserer Länder wird strenge Ausgabendisziplin wahren, um Haushaltsdefizite, wo sie überhöht sind, zu verringern und den Anteil der Ausgaben der öffentlichen Hand am Bruttosozialprodukt, wo es notwendig ist, zurückzuführen.
- Wir werden auf den Abbau der Wachstumshemmnisse hinarbeiten und Initiative und Unternehmergeist fördern, um dadurch die schöpferische Leistungskraft unserer Völker freizusetzen, dabei aber für die Bedürftigen eine angemessene Sozialpolitik beibehalten.
- Wir werden größere Anpassungs- und Reaktionsfähigkeit auf allen Märkten, besonders auf dem Arbeitsmarkt, fördern.
- Wir werden die Ausbildung insbesondere der Jugend unterstützen, um die berufliche Qualifikation zu verbessern.
- Wir werden die Chancen ausschöpfen, die im wirtschaftlichen Wandel und technologischen Fortschritt für die Sicherung von Wohlstand und dauerhafter Beschäftigung liegen.

6.

Auf der Grundlage dieser gemeinsamen Grundsätze hat jeder von uns die besonderen Schwerpunkte der nationalen Politik deutlich gemacht.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hält eine schnelle und beachtliche Senkung der öffentlichen Ausgaben und damit eine bedeutende Verringerung des Haushaltsdefizits für wesentlich. Desgleichen betont er die Notwendigkeit weiterer Deregulierung sowie einer

Reform des Steuersystems, die den wirkungsvollen Einsatz der Ressourcen unterstützt und zu neuem Sparen und Investieren anspornt.

Der Präsident der Französischen Republik betont die Notwendigkeit der weiteren Inflationsverringering, der Modernisierung der Produktionsmittel, der Verbesserung der Beschäftigung, der Eindämmung der Staatsausgaben und der Bekämpfung sozialer Ungleichheit. In diesem Zusammenhang räumt er der Erziehung, Forschung und Investition in Hochtechnologien im Hinblick auf dauerhaftes Wachstum hohen Vorrang ein.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs wird weiterhin auf eine Senkung der Inflation und die Schaffung der Voraussetzungen für anhaltendes Wachstum hinarbeiten. Sie wird die öffentlichen Ausgaben streng unter Kontrolle halten und geldpolitische Disziplin wahren. Sie wird die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen und fortgeschrittener technologischer Industrien sowie Initiative und Unternehmergeist und die Schaffung neuer Beschäftigungschancen fördern.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mißt der Stärkung wirtschaftlicher Flexibilität und Dynamik hohe Priorität bei, um das Wachstum dauerhaft zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Kleine und mittlere Unternehmen sollen besonders ermutigt werden; desgleichen Spitzentechnologien. Sie wird die Ansprüche des öffentlichen Sektors an die Wirtschaft, das Haushaltsdefizit und die Steuerlast weiter senken.

Die Regierung Japans sieht es vor allem in Hinblick auf eine Stärkung der Investitionstätigkeit für wesentlich an, in ihrer Politik der Haushaltsdisziplin und der Stärkung der Marktfunktionen fortzufahren. Sie beabsichtigt, bei der Deregulierung der Finanzmärkte, der Förderung der internationalen Rolle des Yen, der Erleichterung des Marktzugangs und der Förderung des Einfuhrwachstums weitere Fortschritte zu erzielen.

Die italienische Regierung weist der weiteren Senkung der Inflation und des öffentlichen Defizits bei gleichzeitiger Wahrung von Wachstum und Investition Vorrang zu. Besonderer Nachdruck wird auf Anreize zur Schaffung kleiner und mittlerer Industrien vor allem im Bereich der Spitzentechnologie im Hinblick auf die Förderung der Beschäftigung, insbesondere für junge Menschen, gelegt werden.

Die Regierung Kanadas wird sich auf die Förderung von Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen im

privaten Sektor, auf die Beseitigung von Hindernissen für anhaltendes inflationsfreies Wachstum, die Senkung des Haushaltsdefizits und die Eindämmung der Staatsausgaben konzentrieren. Sie wird unternehmerische Aktivitäten mit Schwerpunkt auf Klein- und Mittelbetrieben unterstützen.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften räumt der Vollendung eines echten Binnenmarktes ohne Grenzschränken hohen Vorrang ein; dies wird Starrheiten beseitigen und zu einem neuen gemeinschaftsweiten Schub des Wirtschaftswachstums führen. Ein gestärktes europäisches Währungssystem und engere wirtschaftliche Konvergenz werden diesem Ziel zusätzlich dienlich sein.

Mit dieser Politik gehen wir nicht nur unsere jeweiligen eigenen Probleme an, sondern leisten zugleich einen Beitrag zu anhaltendem Wachstum der Weltwirtschaft und zu einer gleichgewichtigeren Ausweitung des internationalen Handels.

II. Beziehungen zu den Entwicklungsländern

7.

Anhaltendes Wachstum des Welthandels, niedrigere Zinsen, offene Märkte und fortgesetzte Finanzierung in einem Umfang und zu Bedingungen, die dem jeweiligen Einzelfall gerecht werden, sind wesentlich, um die Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, gesundes Wachstum zu erreichen und ihre wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden. Der Ressourcenzufluß einschließlich öffentlicher Entwicklungshilfe, besonders an die ärmeren Länder, soll beibehalten und, wo immer möglich, erhöht werden. Vor allem sollten stabilere langfristige Finanzierungsströme, z. B. Direktinvestitionen der Industrieländer, gefördert werden. Wir begrüßen die zwischen Schuldnerländern und Geschäftsbanken vereinbarten längerfristigen Umschuldungen. Wir sind weiterhin bereit, in geeigneten Fällen über mehrjährige Umschuldungen von Verbindlichkeiten gegenüber Regierungen und öffentlichen Einrichtungen zu verhandeln.

8.

Wir unterstützen auch weiterhin den konstruktiven Dialog mit den Entwicklungsländern in den bestehenden interna-